

Antrag

der Abgeordneten Freimut Duve, Angelika Barbe, Ingrid Becker-Inglau, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Dr. Horst Ehmke (Bonn), Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Dr. Peter Glotz, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Hans Koschnick, Uwe Lambinus, Markus Meckel, Siegmars Mosdorf, Volker Neumann (Bramsche), Dr. Hermann Scheer, Dieter Schloten, Renate Schmidt (Nürnberg), Rolf Schwanitz, Dr. Hartmut Soell, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Ernst Waltemathe, Barbara Weiler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Gedenkstätten ehemaliger NS-Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in angemessener Weise mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt an Maßnahmen zu beteiligen, die dazu dienen, Gebäude ehemaliger NS-Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa zu restaurieren, die Gelände zu schützen und als Gedenkstätten zu erhalten. Zu diesem Zweck soll ein eigener Titel ‚Hilfen für Gedenkstätten ehemaliger NS-Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa‘ im Haushalt des Auswärtigen Amtes eingerichtet werden.

Dieser schwierige Bereich unserer auswärtigen Beziehungen verlangt ein sensibles Vorgehen: Wir Deutschen können nur im Dialog und in Kooperation mit den Regierungen der Staaten, auf deren Gebiet diese Orte von Verbrechen gegen die Menschlichkeit liegen, initiativ werden. Wir müssen offen sein für die vielfältigen Vorschläge und Wünsche von unabhängigen Stiftungen oder privaten Organisationen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an verschiedenen Formen der Hilfe beteiligen:

- die finanzielle Unterstützung für die bereits vorliegenden Konzeptionen für Auschwitz-Birkenau,
- die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der geplanten Stiftung für Theresienstadt.

Bonn, den 29. Juni 1992

Freimut Duve
Angelika Barbe
Ingrid Becker-Inglau
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Dr. Horst Ehmke (Bonn)
Katrin Fuchs (Verl)
Norbert Gansel
Dr. Peter Glotz
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Hans Koschnick
Uwe Lambinus
Markus Meckel
Siegmar Mosdorf
Volker Neumann (Bramsche)

Dr. Hermann Scheer
Dieter Schloten
Renate Schmidt (Nürnberg)
Rolf Schwanitz
Dr. Hartmut Soell
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Siegfried Vergin
Günter Verheugen
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Ernst Waltemathe
Barbara Weiler
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Christoph Zöpel
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Das Ende des Kalten Krieges bedeutet nicht das Ende der Erinnerung an die Verbrechen und Opfer der Vergangenheit. Das NS-Regime hatte es sich zum Ziel gesetzt, „Lebensraum“ zu erobern. Für die Völker Osteuropas hat dies politische Unterdrückung, Zwang, Verschleppung und vielfachen Tod bedeutet. Die meisten der in Deutschland oder Westeuropa aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen Verfolgten wurden in die Konzentrations- und Vernichtungslager Osteuropas deportiert.

Die Verantwortung vor unserer Geschichte und unsere Verpflichtung auf die grundlegenden Prinzipien der europäischen Kultur, die in Auschwitz und in den anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern zerstört wurden und zu denen wir uns nach der Befreiung von der NS-Herrschaft bekennen, gebieten es, in angemessener Weise dabei mitzuhelfen, diese Orte als Gedenkstätten zu erhalten und zugänglich zu machen.